

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/006/2022

Kreisausschuss am 13.06.2022

Zu Punkt 5:	Bericht der Kämmerei zur aktuellen finanziellen Lage Hier: Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges
--------------------	--

Herr Schölzel führt insbesondere zur Entwicklung der finanziellen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Sozialbereich aus. Hier seien einige Risikofaktoren (Kosten der Unterkunft, Krankenhilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt) zu berücksichtigen, welche in enger Abstimmung zwischen der Kämmerei und dem Dezernat IV bewertet werden. Weitere, bisher nicht abzusehende Aufwandspositionen würden sich erst zukünftig herausstellen, sodass man derzeit die Entwicklung anhand der Fallzahlen im wöchentlichen Rhythmus betrachte. Mit einer Prognose sei frühestens im Rahmen des Finanzcontrollings zum zweiten Quartalsende zu rechnen. Zum aktuellen Stand lägen jedoch keine Anhaltspunkte vor, dass die Haushaltsführung für das Jahr 2022 gefährdet sei. Für den Nachtragshaushalt 2023 könne jedoch mit einer größeren Belastung gerechnet werden. Mit Blick auf die im Ergebnis stehenden Unwägbarkeiten sagt Herr Schölzel zu, dass die Verwaltung bei konkreteren Informationen unaufgefordert auf die Fraktionen/Gruppen zukommen werde.

Auf Nachfrage von KA Madeia ergänzt Herr Schölzel, dass der Bundesanteil für die „Kosten der Unterkunft“ nicht pauschal, sondern nach entsprechenden Fallzahlen abgerechnet werde. Im Durchschnitt lägen die Kosten bei 470 € pro Monat, wovon ca. 61% subventioniert würden. In Bezug auf den Bedarfsgemeinschaftsschlüssel sowie die Kosten für die Krankenhilfe weist Herr Schölzel auch hier auf die zahlreichen nichtplanbaren Komponenten hin.

Herr Kowalczyk führt auf Nachfrage von KA Geyer aus, dass auch die personellen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf den Sozialbereich zurzeit nicht abzusehen seien. Derzeit habe er die Rückmeldung aus dem Jobcenter erhalten, dass der Zulauf noch gering sei. Für eine dauerhafte Bearbeitung müsse jedoch das Personal aufgestockt werden. Auch die personellen Auswirkungen auf die Kreisverwaltung seien nicht absehbar und hängen davon ab, wie lange die Aufgabe übernommen werden müsse.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen den Bericht der Kämmerei zur aktuellen finanziellen Lage zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges zur Kenntnis.